

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/219

14. November 1975

Glänzender Beweis für die Solidarität

Großartiger Kongreßwahlkampf der SPD-Führungsspitze
Seite 1 und 1a / 61 Zeilen

Der "integrierte Experte" für die Dritte Welt

Neues Modell im Personalbereich der Entwicklungszusammenarbeit

Von Erwin Stahl MdB
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Die Autorität einer Weltorganisation

UNO-Ausschuß findet Sündenbock für reduziertes Vertrauen

Seite 4 / 28 Zeilen

Ein Bischof klagt uns an

Auf der vergeblichen Suche nach Mitmenschlichkeit
Seite 5 / 33 Zeilen

Erste Konsequenz aus dem "C"

Warum die Union ihren Wahlkampfplänen ändert

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Seite 6 / 19 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 3-10
Postfach: 120 408
Friedrichs 1, Zimmer 217-224
Telefon: 37 66 37 - 39
Telefax: 37 66 045 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Glänzender Beweis für die Solidarität

Großartiger Kongreßwahlsieg der SPD-Führungsspitze

Der Mannheimer Parteitag hat mit dem großartigen Wahlergebnis für den Vorsitzenden Willy Brandt und für seine beiden Stellvertreter Helmut Schmidt und Hans Koechnick vor aller Welt den in Parteikreisen inageheim erhofften überzeugenden Beweis dafür erbracht, daß die SPD über alle Irrungen und Wirrungen hinweg zu einer bravourösen Solidarität zurückgefunden hat, die für die Regierungsarbeit in Bonn und natürlich auch für die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 die besten Erfolgsvoraussetzungen zuläßt.

Die Kongreßdelegierten konnten sich mit ihren minutenlangen Ovationen selbst gratulieren, denn sie haben auch vor sich selbst bewiesen, daß die in so überwältigender Weise einzige Partei mit vollem Recht die Position einnehmen kann, die ihr der hochgeschätzte Freund aus Österreich, Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, in seiner aufmunternden Rede zugeordnet hatte: die stärkste Partei der internationalen Sozialdemokraten zu sein.

Die Tatsache, daß für den Vorsitzenden und den Kanzler mit jeweils 407 Ja-Stimmen das genau gleiche Ergebnis erzielt wurde, wobei sich für beide Politiker das Wahlergebnis von Hannover erheblich verbesserte, macht mit mehreren Wunschbildern Schluß, die vor allem von der Springerpresse, aber auch von anderen CDU-nahen Zeitungen über Jahr und Tag behutsam gepflegt und gehegt worden sind. Der Mannheimer Parteitag hat unüberhörbar deutlich gemacht, daß es zwischen dem Kanzler und der führenden Regierungspartei keine Kluft gibt, die sich, so wollten es die Oppositions-Manager, noch dazu ständig verbreitern sollte. Die große deutsche Volkspartei hat dokumentiert, daß Helmut Schmidt ihr Mann ist, und daß sie mit breitem Vertrauen hinter ihm steht und ihn in seiner schweren

Aufgabe kräftigt stützt. Auch der Wunschlegende von einer Entfremdung zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt ist der Garaus gemacht worden.

Mit dem Parallelvotum von Mannheim sind die beiden Spitzenpolitiker der SPD, die die alles andere als leichten Monate nach dem Brandt-Rücktritt und dem Vorrücken Schmidts auf den Kanzlerposten in beiderseitigem freundschaftlichen Bemühen ohne Bruch überstanden hatten und die sich in der ihnen zugewiesenen geteilten Aufgabe selbst und mit tatkräftiger Hilfe des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner noch näher zusammengefunden haben, als Zweiergespann bestätigt worden. Das große Vertrauen der Partei, das in Mannheim so überzeugend dargelegt worden ist, wird ihnen den gemeinsamen Weg und die gemeinsame Verantwortung etwas leichter machen.

Hans Koschnick, der neue Mann in der Vorsitz-Dreiergruppe, ist mit einem kräftigen Vertrauensvorschuß in die Parteispitze gewählt worden. Er ist mit 46 Jahren der jüngste Mann in der Parteiführung, aber er hat in vielen Aufgaben, die er bisher schon zu erfüllen hatte, gezeigt, daß er nicht nur ein Vollblutpolitiker, sondern auch ein geschickter Taktiker ist, der auf festem sozialdemokratischem Überzeugungsboden steht. Auch der zweite "Newcomer", der neue Parteischatzmeister Wilhelm Dröscher, hat einen übersaus bemerkenswerten Vertrauensvorschuß erhalten. Die Partei hat damit ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sie in dem cleveren Rheinland-Pfälzer einen würdigen Nachfolger Alfred Neus sieht, der über Jahrzehnte hinweg geradezu zum Symbol der Solidarität und der Zuverlässigkeit geworden war.

Mannheim ist mit diesen Vorsitzendenwahlen und mit der an Sachlichkeit und gegenseitigem Verständnis beispielhaften Kongreßdiskussion über die dem Parteitag gestellten Aufgaben zu einem für die Partei und für die Bundesrepublik höchst beachtlichen und bedeutsamen Meilenstein geworden. Von Mannheim aus werden in alle Gemeinden unseres Landes kräftige Impulse ausgehen, die die Arbeit der Partei beflügeln und vorantreiben werden. Mannheim bewies, daß die SPD in bester Form ist. Man wird es bald merken.

Der "integrierte Experte" für die Dritte Welt

Neues Modell im Personalbereich der Entwicklungszusammenarbeit

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche
Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Bislang hat im Rahmen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Ländern der Dritten Welt der "entsandte Experte" das personelle Rückgrat gebildet. Von deutschen Stellen ausgewählt und unter Vertrag genommen und nach deutschen tariflichen Bedingungen behandelt, wird der Experte im Projekt eines Entwicklungslandes eingesetzt. Diese Regelung gibt zum Nachdenken Anlaß, denn durch die Erfahrung in der Praxis treten folgende Punkte zutage, die des Öfteren zu Kritik geführt haben: Schwierigkeiten bei der Anpassung der deutschen Fachkräfte in Strukturen und Interessenlagen der Entwicklungsländer, ein zu hoher Verwaltungsaufwand, Vergütungen, die den Experten im Entwicklungsland eine Ausnahmestellung in jeglicher Hinsicht ermöglichen sowie die Begrenztheit der Steuermöglichkeiten. Die Kritik verschiedener Entwicklungsländer hat sich leider oft gegen die Fachkräfte persönlich gerichtet, obwohl es sich im Grunde um Fragen der allgemeinen Konzeption handelt.

Nun hat die Bundesregierung in enger Kooperation mit dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Modell des "integrierten Experten" entwickelt, der den "entsandten Experten" nach und nach in vielen Bereichen der Tätigkeit ersetzen soll. Der verstärkte Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in den Entwicklungsländern, der zur Zeit größtenteils nur durch ausländische Fachkräfte gedeckt werden kann, soll nun dadurch verstärkt befriedigt werden, daß die Bundesregierung einige Hemmnisse abbaut, die der Anwerbung und Beschäftigung deutscher Fachkräfte, die in Entwicklungsländern tätig werden wollen, entgegenstehen. Durch die zunächst arbeitsrechtliche und praktische Integration im Entwicklungsland wird dem Experten die Möglichkeit versperrt, sich auf den Auftrag der Entsendeorganisation zurückzuziehen. Dadurch wird aber eine intensivere Einpassung in die Zielvorstellungen und Eigenheiten des Entwicklungslandes erreicht.

Der Experte ist seinem Arbeitgeber im Entwicklungsland gegenüber unmittelbar verantwortlich und genießt im Tätigkeitsbereich keine herausgehobene Stellung im Vergleich zu seinen einheimischen Mitarbeitern. Der Hinderungsgrund für die Gewinnung deutscher Fachkräfte für Entwicklungsländer liegt in den dort üblichen niedrigen Gehältern. Deshalb wird die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der Angebote für entwicklungswichtige Stellen in Entwicklungsländern durch angepaßte Gehaltszuschüsse auf unser Niveau anheben. Dadurch wird ein materieller Verlust für die Experten verhindert.

Angesichts des zweifellos vorhandenen höheren Risikos für die integrierten Fachkräfte ist es notwendig, daß ihrer sozialen Sicherung

ein besonderes Augenmerk geschenkt wird. Sie wurde in die neue Zuschußregelung soweit wie möglich einbezogen. Dazu gehören Anteile zu den Kosten für Rentenversicherungen und Krankenversicherungen. Für die Absicherung des Unfallrisikos muß noch eine haushaltsrechtlich passende Lösung angestrebt werden. Diese Regelung muß auch sicherstellen, daß der Aspekt der sozialen Absicherung angemessen berücksichtigt wird, ohne daß die arbeitsrechtliche Bindung des integrierten Experten an das Entwicklungsland beeinträchtigt wird.

Die Zeitdauer, für die dem integrierten Experten Gehaltszuschüsse gewährt werden, wird auf sechs Jahre einschließlich Vertragsverlängerung begrenzt. Bei noch längerem Auslandsaufenthalt, so zeigt die Erfahrung, wird die Wiedereingliederung in die beruflichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Bundesrepublik erfahrungsgemäß schwieriger. Da die wissenschaftlichen und technologischen Weiterentwicklungen vorwiegend in den Industriestaaten stattfinden, würde der integrierte Experte bei längerem als sechsjährigen Aufenthalt im Entwicklungsland bei seiner Rückkehr auf einem Wissensstand stehen, der seine beruflichen Aussichten in der Bundesrepublik entscheidend reduzieren müßte. Erfreulich ist, daß der integrierte Experte bei einer Rückkehr von seinem Auslandsaufenthalt nach frühestens zwei Jahren bis zu drei Monate Beträge entsprechend dem Gehalt eines vergleichbaren Mitarbeiters der technischen Hilfe als Übergangshilfe erhalten kann, wenn er in diesem Zeitraum keine zumutbare Beschäftigung in der Bundesrepublik gefunden hat.

Weitergehende Unterstützungsmaßnahmen in Form von Leistungen sind unterblieben, weil man dadurch nicht nur eine stärkere finanzielle Belastung des Bundes und eine Präcedenzwirkung für andere Personalbereiche befürchtet, sondern weil dadurch ein starker Anreiz zu verstärkten Bemühungen zur beruflichen Wiedereingliederung nach der Rückkehr geschaffen werden soll. Es hat sich gezeigt, daß bei den Experten der Gesellschaft für Technische Entwicklung und Zusammenarbeit dieser Anreiz nicht immer ernsthaft besteht.

Das Modell des integrierten Experten, schon seit einiger Zeit in kleinem Rahmen praktiziert, hat neben den geschilderten Vorteilen noch den Vorzug, daß es Kosten einspart, die entstehen, wenn die Experten voll aus Titeln der Technischen Hilfe finanziert werden müßten. Dies ist ein Schritt, der angesichts des Zwangs zu Einsparungen auch bei der Entwicklungspolitik nicht hoch genug bewertet werden kann.

(-/14.11.1975/wi/pr/ben)

+ + +

Die Autorität einer Weltorganisation

UNO-Ausschuß findet Sündenbock für reduziertes Vertrauen

Nicht die Ereignisse sind schlecht, sondern die bösen Chronisten, die sie immerzu verzerrt widerspiegeln. Mit dieser umfassenden Erklärung lassen sich seit der Ära des Papyrus die Dinge wieder richten. Obwohl also nicht neu, erfuhr die Maxime erst jetzt die ihr angemessene offizielle Anerkennung auf globaler Ebene, sozusagen als Prinzip Nr. 1 einer heilen Welt.

Der Haushaltsausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen stellte soeben mehrheitlich fest, daß es die Massenmedien seien, die es zu verantworten hätten, wenn es "in einigen Mitgliedsländern" zu einem Schwund des Vertrauens in die Weltorganisation komme. Nein, nichts anderes ist in Betracht zu ziehen, das wurde ausdrücklich beschlossen. Dem Vertreter der bundesrepublikanischen UNO-Mission, der zu bedenken gegeben hatte, auf dem Rücken des Prügelknaben Presse wäre das Phänomen wohl doch nicht so gut aufgehoben, vielmehr sei es das Abstimmungsverhalten einer Mehrheit der Vollversammlung, das die Bereitschaft des Westens zur Unterstützung der UNO dämpfe, wurde eine verkühlende Abstimmungsiederlage zuteil. Im Text der EntschlieÙung, mit der Generalsekretär Waldheim aufgefordert wird, "weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Kenntnisse der Weltöffentlichkeit über die Vereinten Nationen zu verbessern", wird nun gleich beim Namen genannt, wer die rechte Aufklärung der Weltöffentlichkeit über ihre Organisation hintertreibt.

Eine Einrichtung wie die Vereinten Nationen ist, wenn sie funktioniert, eine historische Errungenschaft für die gesamte Menschheit. Sie kann aber nur funktionieren, wenn ihre moralische Autorität unangefochten ist. Mit Beschlüssen wie "Zionismus gleich Rassismus" und dem anschließenden Versuch, das für das Ansehen der UNO verheerende Echo auf diese empörend unsinnige Resolution den Massenmedien anzulasten, wird jener Autorität kein Dienst geleistet.

Claus Prellier
(-/14.11.1975/wi/pr/ben)

+ + +

Ein Bischof klagt uns an

Auf der vergeblichen Suche nach Mitmenschlichkeit

Fünfzehn bis zwanzig Minuten lang war es im Großen Saal des Mannheimer "Rosengarten" muckamäuschenstill. Der von der chilenischen Junta aus dem Lande vertriebene evangelische Bischof Helmut Frenz sprach als erster Kirchenfürst vor einem sozialdemokratischen Parteitag. Voll bewußt des Risikos, das er damit ungeschützt gegen Unterstellungen einging, und klagte über dieses Medium vor aller Welt die Verbrechen eines verbrecherischen Regimes an, das sich mit Terror und Unterdrückung an der Macht hält. Der kalte Schauer des Entsetzens kroch durch den Saal.

Bischof Frenz hielt aber auch Abrechnung mit einem argen Phänomen, das er ausgerechnet in der Bundesrepublik vorgefunden hatte: Gerade hier hatte er bei seiner Aufklärungs- und Informationsreise durch Westeuropa feststellen müssen, daß das, so meinte er, durch die unheilvolle Vergangenheit des KZ-Neozismus geschärfte Gewissen zu versagen schien, als er um Verständnis dafür bat, daß die von der Santiago-Junta gejagten politischen Flüchtlinge der Hilfe und Aufnahme bedürfen, und daß sie nicht als angebliche "Extremisten" und "Terroristen" auf hinhaltenden Widerstand stoßen sollten. Dieses Vorurteil ausgerechnet in der Bundesrepublik gefunden zu haben, das schmerzte ihn tief, klagte der Bischof, und die Scham mußte jedermann in dem Riesensaal erfassen, der stellvertretend für seine Landsleute diese Schande um die Ohren geschlagen bekam.

Bischof Frenz gab bekannt, daß in Junta-Zuchthäusern in Santiago 102 politische Verurteilte saßen, die vergeblich darauf warten, daß die von der Junta ausgesprochene Ausweisung endlich verwirklicht werden könnte. Niemand aber, sagte der Bischof, wolle sie haben, und das also bedeute, daß wir selbst sie weiter gefangen halten. Dieses triste Bild wurde noch düsterer, als Bremens Regierungschef Hans Koschnick abschließend an die CDU/CSU-geführten Bundesländer appellierte, doch endlich auch ihrer menschlichen Pflicht zu genügen und Chile-Flüchtlinge aufzunehmen.

Das deutsche Image sah nach dieser Bischofsanklage trübe aus. Der evangelische Kirchenfürst, selbst ein Opfer der chilenischen Junta, bat vor dem SPD-Parteitag das deutsche Volk um menschliches Mitgefühl, um Hilfe für die in tiefer Not befindlichen chilenischen Menschenbrüder. Es sieht so aus, als ob der Bischof seine Anklage zu recht erhoben hat.

(-/14.11.1975/wi/pr/ben)

+ + +

Die Glosse des SFD-Pressedienstes

Erste Konsequenz aus dem "C"

Warum die Union ihren Wahlkampfslogan ändert

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die CDU-Zentrale hat ihren geplanten Wahlkampfslogan "Unser Helmut ist der Beste" wieder aus dem Verkehr gezogen. Was mag sie zu diesem Entschluß bewogen haben?

Es scheint, als habe sich die CDU bei der Diskussion um verschüttete programmathe Ansätze ihrer selbst nicht nur auf das Ahlener Programm, sondern auch auf eine Tugend des "C" in ihrem Namen besonnen, die man sonst bei ihr vermißt: Auf die Wahrhaftigkeit. Es spricht vieles dafür, daß sie neben diesem Rückgriff auf alte christliche Tugenden auch erstmals wieder einen Versuch machte, Konsequenz zu zeigen.

So kam der Beschluß zustande, den Slogan "Unser Helmut ist der Beste" wieder zurückzuziehen: Die CDU hat erkannt, daß er falsch ist, daß ihr Helmut nicht der Beste ist und hat demgemäß erste Konsequenzen gezogen. Die Einsicht in die falsche Aussage kommt spät, doch läßt dieser erste Schritt hoffen.

Sollte die CDU ihre neu gezeigte Konsequenz und die Rückbe-
stimmung auf die Tugend der Wahrhaftigkeit weiter fortsetzen, dürfte sie bald den nächsten Schritt tun: nicht nur den Slogan, sondern auch ihren Helmut zurückzuziehen. (~/14.11.1975/wl/pr/ben)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller